STADT NORDEN

Protokoll

über die Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses (02/FO/2022)

am 15.02.2022

in der Mensa der Grundschule Lintel, Linteler Str.22

- öffentliche Sitzung -

Sitzungsdauer und Anwesenheit siehe Anwesenheitsliste

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen
4. Bekanntgabe von Eilentscheidungen
5. Bekanntgaben
6. Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil
7. Entwurf des Ergebnis- und Finanzhaushalts 2022 für den Teilhaushalt 2 (Produkte für den Fachdienst Bürgerdienste und Sicherheit)
0125/2022/2.1
8. Neuwahl der Schiedsperson
0126/2022/2.1
9. Antrag der SPD-Fraktion auf Umbenennung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses, Stellungnahme des Fachdienstes Bürgerdienste und Sicherheit
0063/2021/2.1
10. Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses vom 16.11.2021
0088/2021/2.1
11. Dringlichkeitsanträge
12. Anfragen, Wünsche und Anregungen
13. Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil
14. Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

zu 1 Eröffnung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Hinrichs, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.00 Uhr. Er stellt fest, dass StR Aukskel entschuldigt fehlt.

zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit werden festgestellt.

zu 3 Feststellung der Tagesordnung mit Entscheidung über die Aufnahme von Dringlichkeitsanträgen

Die Tagesordnung wird festgestellt. Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 4 Bekanntgabe von Eilentscheidungen

Eilentscheidungen liegen nicht vor.

zu 5 Bekanntgaben

Bekanntgaben liegen nicht vor.

zu 6 Durchführung der Einwohnerfragestunde 1. Teil

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

**zu 7 Entwurf des Ergebnis- und Finanzhaushalts 2022 für den Teilhaushalt 2 (Produkte für den Fachdienst Bürgerdienste und Sicherheit)
0125/2022/2.1**

Sach- und Rechtslage:

Für 2022 wird dem Rat eine nach Produkten gegliederte Haushaltsplanung vorgelegt.

In dem Teilhaushalt 2 - Ordnung, Sicherheit und Soziales - sind die Produkte der Fachdienste „Bürgerdienste und Sicherheit“ und „Jugend, Schule, Sport und Kultur“ enthalten.

Zu dem Fachdienst Bürgerdienste und Sicherheit gehören die Produktnummern 121-01 bis 573-01. Die von der Verwaltung geplanten Ansätze für den Ergebnishaushalt (Mittel der laufenden Verwaltung) sowie für den Finanzhaushalt (investive Ausgaben) sind als Anlagen beigefügt.

FDL 2.1, Herr Carls, geht zunächst die der Sitzungsvorlage beigefügten Anlagen zur Planung des **Ergebnishaushalts** durch und weist darauf hin, dass alle darin genannten Positionen von der Erhöhung des Stundensatzes beim Baubetriebshof (6,7 % ab 01.01.2022) betroffen sind.

Bürgerbüro:

Die von Herr Schut initiierte Anschaffung des „Bürgerkoffers“, durch den die Durchführung von Amtshandlungen des Bürgerbüros zu Hause bei den Bürger*innen möglich ist, fand große Zustimmung unter den Anwesenden.

Brandschutz:

Der „Zuschuss für besondere Veranstaltungen der Feuerwehr“ beträgt alle zwei Jahre 7.500 € (statt 4.500 €), da die Norddeicher Feuerwehrtage zweijährlich stattfinden und höhere Aufwendungen verursachen.

Der Rückgang bei „Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit“ resultiert aus dem Umstand, dass von den Feuerwehrkameraden deutlich weniger Anträge auf Lohnfortzahlung gestellt wurden. Die Verwaltung kann nur vermuten, dass dies z. T. durch die während der Pandemie aufgekommene Kurzarbeit zu erklären ist.

Friedhof:

FDL 2.1 erläutert auf eine entsprechende Anfrage hin, dass in Einzelfällen langwierige Verwaltungsverfahren bei Beschwerden über ungepflegte Grabstätten durchzuführen sind.

Anschließend erläutern FDL 2.1, Herr Carls, und Frau Dietrich (stellv. FDL 2.1) die **Investitionsplanung** anhand der den Anwesenden vorgelegten Unterlagen:

Neubau Obdachlosenunterkunft Hollander Weg:

Hier wurde der Ansatz auf null gesenkt, da zunächst die Auswirkungen des Konzepts „Housing first“ abgewartet werden sollen. Ob bei der bereits vorhandenen Obdachlosenunterkunft Investitionen erforderlich sind, kann vom zuständigen Sachbearbeiter nicht abgeschätzt werden. Die Übergabe der Gebäudeverwaltung an den Fachdienst „ZGW“ (zentrale Gebäudewirtschaft), von wo aus dann sachkundige Kollegen oder Kolleginnen eine entsprechende Begutachtung durchführen können, ist aufgrund des dortigen Personalmangels bisher nicht erfolgt. Bgm. Eiben gibt an, dass eine kurzfristige Integration *aller* städtischen Gebäude in den vorgenannten Fachdienst angedacht ist; das Zusammenführungsziel ist auf den 01.01.2023 datiert.

Das oben genannte Konzept „Housing first“ ist weder an eine Laufzeit noch an eine Einkommensschwelle gebunden. Die zuständige Sozialarbeiterin, Frau Fuß, mietet passende Wohnungen an und beantragt entsprechende Rückzahlungen von der Arge / dem Jobcenter.

Anschließend werden die Mietverträge auf die jeweiligen Mieter*innen übertragen, Frau Fuß steht dauerhaft als beratende und unterstützende Ansprechpartnerin zur Verfügung.

Brandschutz:

Die anzuschaffenden Warnanlagen zum Bevölkerungsschutz (Sirenen) sollen nicht nur im Innenstadtbereich, sondern auch in allen Ortsteilen installiert werden.

Wohnbauförderung:

Eine Aufstellung der bisher getätigten Auszahlungen, zusammengestellt von der zuständigen Sachbearbeiterin Frau Jahnke, ist als Anlage beigefügt.

Friedhof:

Aufgrund des Alters der Sargträger ist die Anschaffung eines elektrischen Sargwagens angedacht.

Die nach energetische Aspekten vorgesehene Sanierung der Kapelle erfolgt nach Übernahme der Gebäude durch den Fachdienst für zentrale Gebäudewirtschaft (ZGW).

Dem Entwurf des Ergebnis- und Finanzhaushaltes 2022 für den Teilhaushalt 2 (Produkte für den Bereich des Fachdienstes Bürgerdienste und Sicherheit) wird zugestimmt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 8   Neuwahl der Schiedsperson
0126/2022/2.1**

Sach- und Rechtslage:

Gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 des Niedersächsische Gesetzes über gemeindliche Schiedsämter (Nds. Schiedsämtergesetz - NschÄG) richtet jede Gemeinde zur Durchführung des Schlichtungsverfahrens über streitige Rechtsangelegenheiten ein oder mehrere Schiedsämter ein und unterhält sie. Die Schiedsperson ist ehrenamtlich tätig (§ 2 NschÄG).

Für die Einrichtung und Aufrechterhaltung eines Schiedsamtes bedarf es der Wahl einer Schiedsperson und ihres Vertreters für die Dauer von fünf Jahren (§ 4 Abs. 1 NschÄG).

Über die Befugnis zur Niederlegung entscheidet gemäß § 7 Abs. 3 NSchÄG der Direktor des Amtsgerichts. Schiedsmann der Stadt Norden ist Herr Hermann Reinders. Herr Reinders hat beim Amtsgericht Norden mit Schreiben vom 31.01.2021 um seine Entlassung aus dem Amt gebeten. Dieser Bitte wird vom Amtsgericht Norden durch Herrn Direktor Brack entsprochen.

Herr Günther Schwitters ist bereits stellvertretende Schiedsperson der Stadt Norden. Es wird vorgeschlagen, das Amt des Schiedsmannes mit ihm zu besetzen.

An der gesetzlich geforderten Eignung in Bezug auf Persönlichkeit und Fähigkeit der zu wählenden Person bestehen aufgrund der bisherigen Tätigkeit keine Bedenken. Herr Schwitters hat bereits diverse Lehrgänge und Schulungen besucht.

Herr Schwitters hat sich mit der Übernahme des Ehrenamtes einverstanden erklärt.

Gemäß § 5 NSchÄG bedarf die gewählte Schiedsperson der Bestätigung durch den Direktor des Amtsgerichtes Norden.

Ratsherr Schwitters selbst enthält sich, erklärte aber seine Bereitschaft zur Übernahme des Amtes, wenn VA und Rat zustimmen und er vom Amtsgericht Norden dazu bestellt werden sollte.

Gleichzeitig wird dazu aufgerufen, Vorschläge für die Besetzung des nun freiwerdenden Postens des stellvertretenden Schiedsmannes einzureichen. Dazu teilt Ratsherr Schwitters mit, er hätte bereits Kontakt zu einem interessierten Bürger aufgenommen, dessen Vorstellung in Kürze angedacht sei. Nähere Angaben macht er dazu nicht.

Herr Günther Schwitters, wohnhaft in 26506 Norden, wird zum Schiedsmann der Stadt Norden gewählt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

**zu 9 Antrag der SPD-Fraktion auf Umbenennung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses, Stellungnahme des Fachdienstes Bürgerdienste und Sicherheit
0063/2021/2.1**

Sach- und Rechtslage:

Mit Schreiben vom 17.11.2021 beantragt die SPD-Fraktion, in diesem Fall vertreten durch Herrn Andreas Filaferro, die Umbenennung des „Ausschusses für Feuerwehr und Ordnung“ und schlägt als neue Bezeichnung „Ausschuss für Ordnung, Feuerwehr und allg. Zivilschutzeinrichtungen“ vor.

Zu diesem Vorschlag wird folgende Stellungnahme abgegeben:

Brandschutz und Hilfeleistung durch die Feuerwehr ist in Niedersachsen originäre Aufgaben der Gemeinden im eigenen Wirkungskreis, also Aufgabe der Stadt Norden. Daher werden Belange der Freiwilligen Feuerwehr im betroffenen, städtischen Ausschuss beraten.

Nach § 2 Abs. 1 des Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetzes obliegt jedoch der Katastrophenschutz - und somit auch die vorgenannten „allgemeinen Zivilschutzeinrichtungen“ - als Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie den Städten Cuxhaven und Hildesheim. Die Zuständigkeit der selbständigen Gemeinden (somit auch der Stadt Norden) wird ausgeschlossen.

Zu den für den Katastrophenschutz zuständigen Verbände gehören neben der Feuerwehr insbesondere die Hilfsorganisationen, die vom Herrn Filafarro im Antrag vom 17.11.2021 genannt werden: THW, DRK und DLRG.

Das THW (Technisches Hilfswerk) verfügt als Bundesanstalt über das „Gesetz über das Technische Hilfswerk“ (THW-Gesetz) vom 15.04.2020, das Regelungen über die Belange des Hilfswerks enthält.

Das DRK (Deutsches Rotes Kreuz) hält als eingetragener, gemeinnütziger Verein eine Satzung vor, in der alle erforderlichen Regelungen zu finden sind. Dies gilt auch für die DLRG (Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft).

Dem Vorschlag des Herrn Filafarro, diesen Organisationen eine gesteigerte Wertschätzung entgegenzubringen, wird grundsätzlich nicht widersprochen, jedoch sollte diese auf andere Weise zum Ausdruck gebracht werden, denn:

Die Bezeichnung „allg. Zivilschutzeinrichtungen“ in den Namen des betroffenen Ausschusses der Stadt Norden zu integrieren, wäre aus genannten Gründen nicht nur nach den gesetzlichen Regelungen zur Zuständigkeit falsch, es würde zudem bei den Bürgerinnen und Bürgern zu Fehleinschätzungen zur tatsächlichen Zuständigkeit des städtischen Ausschusses führen.

Sollte dem Antrag der SPD zugestimmt und der bisherige Name des Ausschusses geändert werden, schlägt die Verwaltung daher in Anlehnung an die Bezeichnung des für den Ausschuss zuständigen Fachdienstes der Stadt Norden folgende Alternativen vor:

- Ausschuss für Sicherheit und Ordnung *oder*
- Ausschuss für Bürgerdienste und Sicherheit

Nach gründlicher Diskussion im Gremium und nach Abwägung der eventuell in Frage kommenden Bezeichnungen für diesen Ausschuss einigen sich die Anwesenden darauf, weder dem Vorschlag der SPD-Fraktion noch einer der Alternativen der Verwaltung zu folgen. Stattdessen wird einstimmig vorgeschlagen, den Ausschuss in Zukunft „Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit“ (FOS) zu betiteln.

Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss wird in

- a) **Ausschuss für Sicherheit und Ordnung**
oder
- b) **Ausschuss für Bürgerdienste und Sicherheit**

umbenannt.

**Der Feuerwehr- und Ordnungsausschuss wird in
„Ausschuss für Feuerwehr, Ordnung und Sicherheit“
umbenannt.**

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	9
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	0

**zu 10 Genehmigung des Protokolls der öffentlichen Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses vom 16.11.2021
0088/2021/2.1**

Ratsherr Wiebersiek enthält sich, da er an der Sitzung vom 16.11.2021 nicht teilgenommen hat.

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung des Feuerwehr- und Ordnungsausschusses vom 16.11.2021 wird genehmigt.

Stimmergebnis:	Ja-Stimmen:	8
	Nein-Stimmen:	0
	Enthaltungen:	1

zu 11 Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsanträge liegen nicht vor.

zu 12 Anfragen, Wünsche und Anregungen

Auf eine entsprechende Anfrage des Ratsherrn Zitting gibt FDL 2.1, Herr Carls, an, dass die Anmeldungen für Osterfeuer ab sofort online herunterzuladen und an die Stadt zu senden sind, aber auch in Papierform angenommen werden. Wichtig ist, dass die geplanten Feuer der Stadtverwaltung mitgeteilt werden, damit diese die Informationen an die Feuerwehr und die Polizei weitergeben kann, um unnötige Einsätze zu vermeiden.

Ratsherr Hartig erkundigt sich nach dem Sachstand beim Wasserschaden im Gebäude der Jugendfeuerwehr. Stbrm. Kettler erläutert, dass die Feuchtigkeit sowohl innen als auch außen an den Wänden festgestellt wurde - die Ursache dafür wird momentan noch gesucht. Sobald diese gefunden wurde, kann die Reparatur in Auftrag gegeben werden, da entsprechende Mittel im Haushalt zur Verfügung stehen.

Vor dem Hintergrund der Neuwahl des Behinderten- und Seniorenbeirats bedankt Herr Korn sich bei den Anwesenden für die gute Zusammenarbeit und bittet darum, seinem Nachfolger das gleiche Vertrauen entgegenzubringen, das er selbst in diesem Gremium erfahren durfte.

zu 13 Durchführung der Einwohnerfragestunde 2. Teil

Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

zu 14 Schließung der Sitzung (öffentlicher Teil)

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.07 Uhr.

Der Vorsitzende

Der Bürgermeister

Die Protokollführung

gez.

gez.

gez.

Hinrichs

Eiben

Krage